

bericht

Kaum mehr Obduktionen:
Todesursache unbekannt

top thema

Lokalausweis
am „Hotspot Kittsee“

kommentar

„Kommissar DNA
muss warten“

04/15

kripo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



**Vorsicht
Einbrecher!**

P.b.b.

03Z035266 M

Informations- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Thalerhofstraße 28, 8073 Feldkirchen - € 4,-

Inhaltsverzeichnis

Klicken Sie sich, über das Inhaltsverzeichnis, zu den gewünschten Themen

editorial

Der Wohnungseinbruch - Klassiker der Kriminalität 3

splitter

Nationale und Internationale Meldungen 5

vkö international

Deutsche Polizei Gewerkschaft -“Ohne uns läuft nichts“ 7

bericht

Todesursache unbekannt..... 9

Totalversagen 11

top thema

Wohnungseinbruch: Ein Delikt für Profis 13

Einbruch ist nicht gleich Einbruch 15

Urteilsrisiko in Deutschland nach Einbruch: 2,6 Prozent 17

Kittsee - Hort der Kriminalität?..... 19

Zahlen, Fakten, Daten 20

Gegenmaßnahmen 21

Neue Vorgangsweisen 23

Mord oder Diebstahl? 25

Buchautor Adolf Schandl 25

Sicher planen, sicher wohnen 27

Vorbeugen statt heilen 29

Einbruchsdelikte nehmen weiter zur 29

kommentar

„Kommissar DNA“ muss warten 31

intern

70 Jahre Bundespolizei in Österreich 33

Operative Fallanalyse 33

Wir haben Nachwuchs bekommen 33

Themenkrimis mit Lokalkolorit..... 33

Veteranen-Treffen 34

kripo.at Rätsel 34

Fesch: Die VKÖ Kappe 34

Der Wohnungseinbruch – Klassiker der Kriminalität

Mord, Cyber- und Schlepperkriminalität sind, wenn man die Medien verfolgt, scheinbar die einzigen Delikte, die in Österreich begangen werden. Auch das Innenministerium setzt offenbar seinen Schwerpunkt auf diese Delikte. So wird der Einbruch zum Stiefkind. Trotz seit 2012 steigender Fallzahlen, trotz Fokussierung der Tatorte auf gewisse Brennpunkte, hält man den Wohnungs- und Wohnhauseinbruch verschämt im Hintergrund. Natürlich sind die Zahlen noch immer besser als 2009, ein „Bravo“ darf man sich dafür aus der Bevölkerung trotzdem nicht erwarten, ist doch jeder Dritte selbst Opfer eines Einbruches geworden oder hat ein solches zumindest in seinem Bekanntenkreis. Von der Traumatisierung der Betroffenen will ich gar nicht erst reden.

Es ist weder für die Polizei, noch für das Innenministerium eine Schande, wenn bei einem Delikt die Fallzahlen steigen; warum also die nicht erfreuliche Tatsache auch ansprechen? Schwankungen der Zahlen sind üblich, und in der Regel ist das vermehrte Auftreten eines Deliktes ja nicht hausgemacht. Meist von den Sicherheitsbehörden nicht beeinflussbare Faktoren entscheiden, welche Delikte verstärkt verübt werden.

Nun, einen Freispruch ohne Für und Wider gibt es für die Sicherheits- und Justizbehörden trotzdem nicht, denn die Faktoren Aufklärungsquote und Strafraumen beeinflussen das Täterverhalten sehr wohl; und für Gesetze und polizeiliche Rahmenbedingungen muss schon die Politik sorgen. Gerade da hapert es aber beim Einbruch. Tatsächlich ist die Aufklärungsquote bei Wohnungs- und Wohnhauseinbruch katastrophal niedrig. Wenn neun von zehn Tätern wissen, dass sie sowieso nicht erwischt werden, kann man sicher nicht von Abschreckung sprechen. Und die von Justiztheoretikern im Justizministerium ersonnene Herabsetzung des Strafraumens für Eigentumsdelikte erinnert mich intuitiv an den Spruch des französischen Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon: „Eigentum ist Diebstahl“. Nicht der Dieb ist schuld, sondern der Besizende. Kryptoanarchische Ideen wird man im Justizministerium wohl nicht haben – oder doch? Wenn dann noch die „gewerbsmäßige Begehung“ fällt und durch „berufsmäßig“ ersetzt wird, dann knallen vermutlich in Südosteuropa die Korken. In der Praxis heißt das nämlich, dass jeder Einbrecher zwei „Freitaten“ hat, ehe er als Intensivtäter gilt. Einfach das nächste Jahr abwarten. Und wenn man erwischt wird, steht man wieder mit weißer Weste und entsprechend niedrigem Strafrisiko vor dem Richter. Ob jetzt ein „Bravo“ fällig ist?

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, dass „der Einbruch“ auch bei Ermittlern nicht besonders beliebt ist? Immerhin gilt der „stinknormale Einbruch“ als äußerst arbeitsintensiv und wenig ruhmreich.

Der Klassiker Wohnungseinbruch ist scheinbar nicht auszurotten, das heißt aber nicht, dass wir das achselzuckend zur Kenntnis nehmen müssen. Neue Bekämpfungsmethoden gibt es, sie müssen nur angewendet werden.

Richard Benda
Präsident VKÖ



ausgabe
04/15

splitter

Nationale und internationale Meldungen 5

vkö international

Deutsche Polizei Gewerkschaft:
„Ohne uns läuft nichts“ 7

bericht

Todesursache unbekannt 9
Totalversagen 11

top thema

Wohnungseinbruch -
Ein Delikt für Profis 13
Einbruch ist nicht gleich Einbruch... 15
Urteilsrisiko in Deutschland nach
Einbruch: 2,6 Prozent 17
Kittsee - Hort der Kriminalität? 19
Zahlen, Daten, Fakten 20
Gegenmaßnahmen 21
Neue Vorgehensweisen 23
Mord oder Diebstahl? 25
Buchautor Adolf Schandl 25
Sicher planen, sicher wohnen 27
Vorbeugen statt heilen 29
Einbruchsdelikte nehmen weiter zu 29

kommentar

„Kommissar DNA“ muss warten 31

intern

70 Jahre Bundespolizei
in Österreich“ 33
Operative Fallanalyse 33
Wir haben Nachwuchs bekommen 33
Themenkrisis mit Lokalkolorit 33
Veteranen-Treffen 34
kripo.at Rätsel 34
Fesch: Die VKÖ Kappe 34

Halbtagsseminar

„Geldwäsche“

Zeit: 5. Oktober 2015, 13.00 – 17.00 Uhr

Ort: Bildungszentrum Sicherheit, 1090 Wien, Müllnergasse 4

Vortragende:

Dr. Mag. Elena Scherschneva-Koller – Leiterin der Geldwäschemeldestelle im .BK

Sebastian Fiedler – Stv. Bundesvorsitzender des BdK und Fachmann für Mafiagelder

Anmeldung: sekretariat@kripo.at oder 050 133 133

deutschland

Silikonbrüste sind bei der Polizei ein Konfliktthema: 2013 befanden Polizei-Ärzte in Baden-Württemberg eine Anwärtlerin wegen erhöhter Verletzungsgefahr für „untauglich“, der Petitionsausschuss des Landes widersprach ihnen. In Nordrhein-Westfalen wurde eine 31-Jährige unter Hinweis auf das Risiko des Aufplatzens der Implantate auch nicht aufgenommen, sie hat das Verwaltungsgericht angerufen.

(Quelle: www.derwesten.de)



karlsruhe

Der Deutsche Bundesgerichtshof erlaubt Rockern der „Bandidos“ das Tragen ihrer in manchen Bundesländern verbotenen „Kutten“ – unter gewissen Umständen: Die nicht verbotenen Ortsgruppen „Bochum“ und „Unna“ dürfen die Lederwesten samt Symbolen z.B. überziehen, weil sie eben dieser Namenszusatz von untersagten Chapters (etwa in Neumünster und Aachen) unterscheidet.

(Quelle: www.bundesgerichtshof.de)

lyon

Als Folge der FIFA-Skandale hat Interpol beschlossen, seine Partnerschaft mit dem Weltfußballverband auf Eis zu legen. Damit verzichtet die Organisation vorerst auf Geld (20 Millionen € für den Zeitraum 2011 bis 2021, Anm.), das in Spendenform für die Bekämpfung krimineller Umtriebe im Sport aufgewendet werden sollte. „Jeder Partner muss sich an unsere Prinzipien halten“, so Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock. (Quelle: www.interpol.int)



düsseldorf

Das Amtsgericht hat eine Hausfrau wegen Polizisten-Beleidigung zu 200 Euro € verurteilt. Die 56-Jährige hatte einen Beamten bei einer Verkehrskontrolle als Beifahrerin ihres Mannes „du Mädchen“ genannt. Das sei zwar an sich nicht beleidigend, könne aber so wirken, so das Gericht. Ihr Mann sagte als Zeuge: „Sie würde so was nie zu einem Bullen sagen.“ Die Frau selbst will die Vorhalte als „Märchen“ bezeichnet haben. (Quelle: www.spiegel.de)



dresden

Mit sieben (privaten) Mantrailer-Hunden hat die Polizei die Spur eines vermissten Mädchens über fünf Autobahnen, durch bzw. entlang dreier deutscher Bundesländer hinweg verfolgt – über eine Strecke von mehr als 220 Kilometer! Gefunden wurde die kleine Inga von den extrem feinen Spürnasen (bis Redaktionsschluss) vorerst aber nicht. Die Fünfjährige ist seit 2. Mai abgängig, ein Verbrechen wird befürchtet.

(Quelle: www.wo-ist-inga.de)





Bild: Friedhelm Windmüller

Deutsche Polizei Gewerkschaft: „Ohne uns läuft nichts“

300 Delegierte, viel Politik und Prominenz aus der Wirtschaft machten den 24. Bundeskongress der Deutschen Polizei Gewerkschaft zu einem viel beachteten Ereignis. Die VKÖ war mit dabei.

Wie bei allen demokratischen Organisationen werden auch bei der Deutschen Polizei Gewerkschaft (DPOIG) regelmäßig Rechenschaft abgelegt und Wahlen abgehalten. Heuer wurde unter dem Motto „Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts“ in Berlin getagt. VKÖ-Präsident Richard Benda war zu dem Kongress eingeladen.

Wie bei Veranstaltungen dieser Art üblich, wurde das Arbeitsprogramm der nächsten Periode in Form von Anträgen eingebracht bzw. beschlossen. Für die VKÖ von Interesse waren jene Aspekte, die sich mit der Arbeit der Kripo befassen (die DPOIG vertritt auch Kriminalbeamte, Anm.). Vor allem die steigende Einbruchskriminalität macht den Gewerkschaftern Sorge und sie verlangten eine Aufstockung der qualifi-

zierten Sachbearbeiter in diesem Bereich. Auch eine Verbesserung der bundesländerübergreifenden Zusammenarbeit wurde gefordert. An die Gerichte wurde ein Appell geschickt, die Strafraumen im Eigentumsbereich intensiver auszuschöpfen. DPOIG-Vorsitzender Rainer Wendt stellte sich erneut zur Wahl. Offensichtlich war man mit seiner Führung zufrieden und wählte ihn einstimmig für eine dritte Periode. Mit ihm wurde auch der Großteil der aktuellen Führungsmannschaft bestätigt. Ein Gutteil der gestellten Anträge und Diskussionen betraf Tarife, Bewertungen und Wünsche an den Arbeitgeber. Mehrfach wurde betont, dass trotz verstärkter Arbeitsbelastung kaum mit einer personellen Aufstockung zu rechnen ist. Das heißt, es müssen als sinnlos erachtete Dienste

eingeschränkt werden (in Österreich unter dem Schlagwort „artfremde Tätigkeiten“ bereits erledigt). Deziert als Beispiel angeführt: die Begleitung von Schwertransporten und Lenkererhebungen. Der Vortrag des deutschen Bundesinnenminister Thomas de Maizière fand viel Zustimmung, würdigte er doch die Arbeit der Polizei und bezeichnete ihr Einschreiten gegen Gewalttäter bei Demonstrationen als unvermeidlich: Mit gutem Zureden alleine ließen sich Gewalttäter nicht aufhalten, so de Maizière. In Abrede stellte er ein rassistisches Vorgehen der Polizei. Maßgeblich wären vielmehr polizeiliche Erfahrungswerte und das Gespür für verdächtige Personen.



Bild: HPS

Todesursache unbekannt

Dunkelziffern lassen sich nicht benennen. Doch kann und muss vermutet werden: In Österreich wird weitaus öfter gemordet, als amtlich bekannt wird. Und die Politik schaut tatenlos zu.

Der Vergleich macht unsicher: In Österreich sterben immer mehr Menschen an unbekannt gebliebenen oder „sonstigen“ Ursachen. Im Gegenzug wird über immer weniger registrierte Tötungsdelikte gejubelt, aber auch immer weniger Suizide und Drogenopfer bereiten den (meist politisch) Verantwortlichen Freude. Experten warnen und sprechen von völlig verfälschten Statistiken bzw. fehlender Grundlagenforschung mit fatalen Folgen. Die Kriminalstatistik ist ein Apfel. Die Todesursachenstatistik eine Birne. Vergleichen lassen sich die Bilanzen kaum. Während Polizisten bei Anzeigeerstattung ihr Kreuz etwa bei „Mord“ oder „Totschlag“ setzen, wertet die Statistik Austria die Formblätter „9a – Anzeige des Todes“ aus. Ausschlaggebend dafür sind

die Angaben, die amtlich bestellte Totenbeschauärzte, Pathologen und Gerichtsmediziner machen. Je exakter sie auf die jeweilige Todesursache eingehen, desto größer ist der Profit für die Lebenden. Immerhin ziehen Wissenschaft, Forschung und Medizin daraus ihre Schlüsse, welche Todesfälle vermieden werden können.

Das Um und Auf stellen Autopsien dar. „Leider ist die Obduktionsquote seit geraumer Zeit rückläufig. Vermutlich wird dieser rückläufige Trend aus Kostengründen anhalten“, hat die Statistik Austria bereits im Jahr 2010 festgehalten. Die Prognose hat selbst die düstersten Befürchtungen mehr als bestätigt: Lag die Obduktionsquote damals österreichweit noch bei 17,1 Prozent (Wien: 21,5 %), so ist sie im Vorjahr neuerlich maßgeblich gesunken, auf 12,7

Prozent im ganzen Land bzw. auf knapp unter 15 Prozent in der Bundeshauptstadt. Nun könnte man meinen, dass Wien angesichts des überdurchschnittlichen Wertes noch gut dasteht. Der Eindruck täuscht jedoch gewaltig, wie ein „historischer“ Rückblick deutlich macht. Immerhin wurde im Jahr 1984 in Wien noch nahezu jedem zweiten Todesfall auf dem Seziertisch auf den Grund gegangen, in ganz Österreich immerhin etwa jedem dritten.

11.692 Tote sind damals in Wien obduziert worden, demgegenüber haben im vergangenen Jahr nur mehr 2383 Autopsien stattgefunden (siehe Zusatzbericht und Grafik).

Angesichts der besorgniserregenden Zahlen verwundert es nicht, dass etwa die Ärztekammer regelmäßig Kritik an

der Entwicklung übt. Einerseits wegen fehlender Erkenntnisse für künftige Behandlungen (oder gar bereits begangene Fehler, Anm.). Andererseits sorgt man sich um die Ausbildung im Spezialfach „Gerichtsmedizin“. Sie findet praktisch nicht mehr statt, weil angehende „Detektive mit dem Skalpell“ Leichen zum „Üben“ benötigen, aber: ohne Obduktionen keine Lernstunden. Ein Randaspekt: Auch Polizisten (oder besser gesagt: möglichen künftigen Kriminalisten) fehlt aufgrund nicht stattfindender Autopsien der im Fall der Fälle notwendige „Anschauungsunterricht“. Soll heißen: Wer bedenkliche Leichenerscheinungen nur aus dem Lehrbuch (wenn überhaupt) kennt, kann sie leicht übersehen. Zahlreiche Experten, etwa der renommierte Gerichtsmediziner Christian Reiter, prangern an, dass Mörder hierzulande mittlerweile leichtes Spiel hätten. Seine (vorsichtige) Schätzung: 20 Tötungsdelikte könnten pro Jahr nicht also solche erkannt werden, dazu noch eine Vielzahl anderer „nicht natürlicher“ Todesursachen, die allerdings per „Formular 9a“ als ganz und gar natürlich bescheinigt werden.

• peter.grolig@kripo.at

Totalversagen

„Tote haben keine Lobby“ heißt ein im Jahr 2000 erschienenes Buch, in dem die Journalistin Sabine Rückert die (damaligen) deutschen Verhältnisse anprangert, wonach etwa jeder zweite Mord unentdeckt bleiben würde. Anhand von „Einzelfällen“ hat die Autorin das Übel der vernachlässigten Leichenschau penibel aufgearbeitet. Das erschreckende Ergebnis hat seinerzeit auch in Österreich für Gesprächsstoff gesorgt. Doch mit der Thematik befasste Experten unterschiedlicher Disziplinen waren sich einig: „Das Problem haben wir in Österreich nicht“. Dieselben Leute würden sich das heute nicht mehr sagen trauen, ganz im Gegenteil.

Die Politik hat in diesem Fall versagt, auf Landes- und Bundesebene, quer durch alle Parteien, durch alle involvierten Ministerien und alle sonstigen zuständigen Einrichtungen. Zwar haben alle Beteiligte stets treuherzig versichert, das sich abzeichnende Dilemma einer „baldigen“ Lösung zuführen zu wollen, tatsächlich wurde der heiße Erdapfel aber nur weitergereicht – und die Situation hat sich dramatisch verschlimmert. Dereinst, vor mittlerweile 15 Jahren, hatte man zwar einen nicht ganz sorgenfreien Blick auf den ländlichen Bereich, zugleich wurde Wien jedoch ein dichtes Netzwerk gegen Mörder attestiert. Das wusste auch Giftmischerin Elfriede Blauensteiner, die ihre Morde kurzerhand „aufs Land verlegt“ hat. Ob sie das heute noch tun müsste?

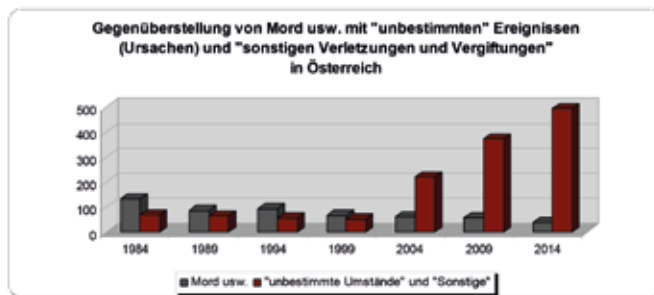
Tote haben eben keine Lobby...



© Peter Grolig, Quelle: Statistik Austria



© Peter Grolig, Quelle: Statistik Austria



© Peter Grolig, Quelle: Statistik Austria

Rückgänge: Grund zur Freude?

Für das Jahr 1984 finden sich in der Todesursachen-Rubrik „Vergiftungen und Verletzungen“, die acht Unterkategorien umfasst, in Wien 1.237 Todesfälle, davon 56 Tötungsdelikte sowie 399 Selbstmorde.

Ob angesichts der folgenden Zahlen tatsächlich Jubel angesagt ist, bleibt dem Leser überlassen: 2014 sind in Wien – laut Statistik – (nur) 736 Menschen an „Verletzungen und Vergiftungen“ gestorben, darunter waren neun Morde und 237 Selbsttötungen. Die damals wie heute zahlenmäßig größeren Untergruppen sind unter anderem „Unfälle durch Sturz“ und „Transportmittelunfälle“.

Auch nicht uninteressant: auf die Sparte „unbekannte Ursache“ und „Sonstige“ sind im Jahr 1984 in Wien gerade einmal 15 Todesfälle entfallen, im Vorjahr waren es 99. Und darüber hinaus hat man zuletzt 13.631 Menschen zu Grabe getragen, bei denen in der Statistik bezüglich der Todesursache ganz lapidar festgehalten ist: „nicht obduziert und unbekannt“...



Wohnungseinbruch - Ein Delikt für Profis

Steigende Fallzahlen, verändertes Täterverhalten und neue Beuteverwertungsmethoden bedürfen neuer polizeilicher Bekämpfungsmethoden. Dass diese notwendig sind, zeigt die bedenklich niedrige Aufklärungsquote.

Obwohl Sicherungsmaßnahmen immer besser, ausgereifter und komplizierter werden, gänzlich verhindern können sie Einbrüche nicht, denn die Täter lernen ebenfalls dazu. Mit primitiver Gewalt kann man zwar dank Tresor, Sicherheitstür und -schloss nichts mehr ausrichten, doch mit Technik alleine lässt sich der Wohnungseinbruch nicht bekämpfen.

Waren es früher ausschließlich Einzeltäter, die auch eine Art Kodex hatten (z.B. keine Waffen), so haben sich zwischenzeitlich auch spezialisierte, arbeitsteilig vorgehende Banden im Einbruchsbereich breit gemacht.

Einbruch (ED) ausschließlich als Refugi-

um der organisierten Kriminalität und osteuropäischer Banden anzusehen, ist aber falsch. Nach wie vor überwiegen Einzeltäter (ca. 57 %) und ebenso stammen etwa 60% aus der Gemeinde, in der der Tatort liegt. Die Zahl der Beziehungstäter ist beim Wohnungs-ED weitaus höher als bei anderen Delikten. Ermittler, die jahrelang in dem Fachbereich arbeiten, betrachten Taten, die per Nachsperre begangen werden, von der Beziehungstat-Warte. Einbrüche bei Personen aus dem Suchtgiftmilieu sind fast immer milieuinterne Beziehungsdelikte.

Beim Einbruch überwiegen in vielen Bereichen, mangels entsprechender For-

schung und gesicherter Zahlen, falsche Vorstellungen.

Dies wird deutlich, will man klären, wie viele ED tatsächlich von ausländischen Tätern begangen werden. Laut Kriminalstatistik 2014 wurden bei allen Sparten des § 129 STGB 60 % ausländische Täter registriert; beim Wohnraum-ED erhöht sich diese Zahl auf 77 %. Doch kann man bei einer Klärungsquote von unter 10 % auf 100 % schließen? Nach Einschätzung der involvierten Beamten liegt die Ausländerquote aber bei 80-90 %. In Deutschland, genauer gesagt in Berlin, kommt man auf 71 % Täter aus dem Ausland; oder mit Migrationshintergrund. Diese

1 Die Zahlen entstammen einer Veröffentlichung des Leitenden Kriminaldirektors Horst Clages aus 2014 (Die Bekämpfung des Wohnungseinbruches, Verlag Deutsche Polizeiliteratur). Auf Grund der geringen Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch sind sämtliche in diesem Artikel angeführten Zahlen nur bedingt sicher, da sie ja nur von geklärten Delikten stammen.

Verzerrung hat viele Gründe. Einer davon ist sicher, dass bei den einheimischen Tätern das Amateurhafte überwiegt und Ausländer eher in Banden und professioneller agieren, weshalb sie auch seltener gefasst werden. Bis zu einem gewissen Grad ist der Einbruch durch Inländer eine Art „Bodensatz-Kriminalität“ geblieben. Damals wie heute sehen wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsschichten den Einbruch als möglichen Ausweg aus ihrer tristen Situation.

Die nächste Frage: Soll man Inländer, die erst kurz die österreichische Staatsbürgerschaft, dafür aber Migrationshintergrund haben, statistisch erfassen? Die Frage nach dem Migrationshintergrund

scheint in der Kriminalstatistik jedenfalls nicht auf. Außerdem sind bei einer Aufklärungsquote von unter 20% schwer Rückschlüsse auf 100% zu ziehen. Selbst bei einer Auswertung der geklärten Fälle gibt es Unklarheiten. Wir schauen uns deshalb die (natürlich nicht repräsentative) DNA-Trefferauswertung einer Außenstelle des LKA-Wien an. Im ausgewählten Zeitraum wurden bei 61 Einbrüchen positive DNA-Spuren gefunden. Das Ergebnis: 45 ausländische und 16 inländische Täter. Von den 16 Inländern hatten acht einen Migrationshintergrund. Gedanken dazu kann sich jeder selbst machen.

Die Frage des Migrationshintergrundes von Einbrechern wird leider gerne von

der polizeilichen Ebene auf die politische übertragen. „Diskriminierung“ heißt es sofort; was soll es beweisen, wenn ein Einbrecher erst kurzfristig österreichischer Staatsbürger ist? Nun, die Feststellung, dass gewisse Nationalitäten oder Bevölkerungsgruppen eher zu bestimmten Delikten neigen, ist ein Ermittlungsansatz – nicht mehr und nicht weniger. Ein Schweigekartell zu bilden und eine Tatsache zu verheimlichen, führt nur zu einem Glaubwürdigkeitsverlust.

Die Zahl der „Wohnraumeinbrüche“ hat in Österreich von 2012 auf 2013 um 7,1% und auf 2014 um weitere 3,4% auf 17.110 Fälle zugenommen. Die Höchststände von 2005 und 2009, als mehr als jeweils 21.000 Fälle

Einbruch ist nicht gleich Einbruch...

„Einbruch“! Wenn Sie dieses Wort in dieser Ausgabe von kripo.at lesen, dann bezieht es sich es prinzipiell auf Einbrüche (kurz: ED) in Wohnungen und/oder Wohnhäuser, wofür der Überbegriff Wohnraumeinbruch kreiert wurde. Dieses Schlagwort ist etwa in der Broschüre „Sicherheit 2014“ des Bundeskriminalamtes nachzulesen. In der offiziellen Kriminalstatistik sucht man es vergeblich. Wobei die da wie dort

veröffentlichten Zahlen etwas verwirrend sind: Zählt man nämlich die in der Statistik genannten ED in Wohnungen (9.055) und die in Wohnhäuser (8.055) zusammen, ergibt das 17.110. In anderen publizierten Unterlagen ist jedoch von 17.109 Fällen die Rede. Offenbar handelt es sich um ein „missing link“ – oder um den berüchtigten „Einzelfall“...

• P.G.

Delikte im Jahr 2014	Anzahl	Klärungsquote	Verdächtige	davon Fremde
ALLE STRAFBAREN HANDLUNGEN	527.692	43,10%	255.815	89.594
VERMÖGENSDELIKTE	348.564	24,60%	99.698	44.699
EINBRUCH (§ 129)	85.487	10,00%	11.926	7.171
Besondere ED-Formen				
ED IN FIRMEN/GESCHÄFTE	13.516	14,80%	2.842	1.643
ED IN KRAFTFAHRZEUGE	11.483	9,10%	1.236	850
ED IN KELLER	10.011	8,40%	680	448
ED IN WOHNUNGEN	9.055	7,80%	1.041	810
ED IN WOHNHÄUSER	8.055	11,20%	1.309	1.019
ED IN GELDINSTITUTEN/BANKEN/WECHSELSTUBEN	87	44,80%	57	36

in der Kriminalstatistik aufgelistet waren, wurden dennoch nicht erreicht. Österreich ist keine Ausnahme, in ganz Westeuropa steigen die ED-Zahlen. Und das ist verständlich, denn die Anzahl der möglichen Einbruchobjekte hat sich gegenüber dem letzten Jahrhundert vervielfacht. Zwar ist auch die Zahl der Alarmanlagen und Sicherungen gestiegen, doch die Mehrheit der Objekte ist heute noch immer ungesi-

chert. Das Risiko für die Täter ist gering, denn europaweit ist die Aufklärungsquote niedrig. In Deutschland liegt sie bei 15,7%. In Österreich beträgt die Klärungsquote beim Wohnhaus-ED 11,2%, bei dem in Wohnungen 7,8%. Im Bundeskriminalamt sieht man die Entwicklung aufmerksam aber gelassen. Mit einem Masterplan gegen Dämmungseinbrüche und einem verstärkten SOKO-Einsatz sieht man

sich ausreichend aufgestellt. Insider befürchten aber, dass man dem Problem Einbruchskriminalität zu wenig Bedeutung beimisst, weil man den Schwerpunkt auf Cyberkriminalität legt. Der Einbruch führt in der internen Rangordnung der Delikte eine Art Stiefkinddasein.

• richard.benda@kripo.at

Urteilsrisiko in Deutschland nach Einbruch: 2,6 Prozent

Wohnungseinbrecher gehen in Deutschland ein äußerst geringes Risiko ein, für ihre Taten auch verurteilt zu werden. Zu dieser ernüchternden Bilanz kommt der Rechtswissenschaftler Tillmann Bartsch, der das Themenfeld „Wohnungseinbruch“ anhand von Statistiken aus fünf Großstädten (Berlin, Bremerhaven, Hannover, Stuttgart und München) empirisch untersucht hat. Auch mehrere Beiträge der Zeitschrift „Kriminalistik“ (2014/15) belegen die ganz und gar unbefriedigende Situation. Natürlich darf man deutsche Verhältnisse nicht 1:1 auf Österreich übertragen, doch beim klassischen Wohnungseinbruch sind wir wohl nicht weit voneinander entfernt.

Staatsanwaltschaft stellt Verfahren ein

Bartsch hat errechnet, dass bei 368 (oder 15,3 %) der 2.403 analysierbaren Fälle zumindest ein Tatverdächtiger namentlich bekannt wurde. Insgesamt wurden 619 Tatverdächtige festgestellt, was im Durchschnitt 1,7 Täter pro Fall ergibt. Bei 600 Fällen (93,8 %) folgte die Staatsanwaltschaft (StA) der polizeilichen Bewertung. In 1,7 % der Fälle sah sie keinen Tatbestand in 4,5 % der Fälle einen anderen als Wohnungseinbruch. Trotzdem wurde das Verfahren in 80,1 % der Fälle schon bei der StA eingestellt. Zum Beispiel, weil es sich bei der Tat um eine unwesentliche Nebenstraf tat handelte oder Geringfügigkeit vorlag. Nur bei 19,3 % der Täter wurde überhaupt ein gerichtliches Verfahren durchgeführt.

Von den durch die StA vorgelegten Anträgen wurden 97,1 % der verbliebenen Fälle zu einer Hauptverhandlung zugelassen. In der Folge kam es bei 82,8 % zur erstinstanzlichen



Verurteilung. 7,1 % endeten mit Freispruch, 10,1 % mit Einstellung. Sechs Fälle (7,3 %) gingen in die Berufung, wovon zwei mit einer Aufhebung des Urteils endeten.

Kaum Strafurteile

Alles in allem kam es bei 619 ausgeforschten Tätern zu lediglich 86 rechtskräftigen Verurteilungen. Das sind 2,6 % - wohl keine große Ausbeute bei 2.403 Fällen.

Schlussendlich wurde in der Studie von Bartsch und folgenden Reaktionen festgestellt, dass es aufgrund der geringen Anzahl rechtskräftig verurteilter Täter kein empirisch gesichertes Wissen gibt.

Eine knappe Gegenüberstellung aus österreichischer Sicht: Der Kriminalitätsbericht 2014 des BMI weist 11.926 ausgeforschte Einbrecher aller Art aus, im Jahr davor waren es 12.748. Dem steht der Sicherheitsbericht des Justizministeriums gegenüber, laut dem im Vorjahr 1.238 Personen (587 Inländer und 651 Ausländer) wegen Einbruchs verurteilt wurden...

• richard.benda@kripo.at



Bild: Grolig/Montage: HPS

Kittsee - Hort der Kriminalität?

Die kleine Grenzgemeinde Kittsee ist im burgenländischen Landtagswahlkampf in die Schlagzeilen geraten: 206 im Vorjahr verübte Eigentumsdelikte ließen den Ruf nach Videoüberwachung des „Hotspots“ laut werden. kripo.at auf Lokalaugenschein.

Man bekommt es quasi an jeder Ecke zu hören: „Früher“ habe man die Haustür offen und den Zündschlüssel im Auto stecken lassen können. „Heute“ ginge das nicht mehr, „das Fahrrad ist weg, wenn du es nur kurz wo stehen lässt“, klagt ein Kittseer. Die Medien konnten auch ein prominentes Opfer nennen – die Tochter von Bürgermeisterin Gabriele Nabinger, im Brotberuf Oberärztin im örtlichen Krankenhaus. Mit „früher“ ist die Zeit vor der Grenzöffnung 2007 gemeint. Nach dem Grund allen Übels gefragt, blicken oder deuten die Einwohner gen Osten. Keine zwei Kilometer Luftlinie entfernt: die (hässlichen) Plattenbauten von Petržalka, einem Stadtteil von Bratislava (Pressburg), der die höchste Bevölkerungsdichte der Slowakei aufweist – und eine enorme Arbeitslosigkeit. Bis 1919 hat das nun verrufene Viertel übrigens zu

Österreich gehört. „Das is ein Slum, dort wohnen G'fraster“, schimpft ein älterer Herr. „Die“, so sagt er, „spazieren über die Grenze und fladern, was sie in die Finger kriegen“; und sei es der Rasenmäher aus dem Garten. Videoüberwachung? Die zögerliche Antwort: „Wenn's was bringt...“ Ein Wiener mit guten kriminalistischen Fachkenntnissen, mit Kittsee familiär verbunden, geht im Gespräch im Garten seines Hauses etwas in die Tiefe: Es sei schon länger zu beobachten, dass sich Slowaken in und um Kittsee ansiedeln: „Das sind Leute aus dem Hinterland, die in die Nähe von Bratislava übersiedeln wollen, sich das Wohnen dort aber nicht leisten können. Also kommen sie hier her, hier ist es billiger“. Ein Haus kostet so viel wie eine kleine Wohnung in der slowakischen Hauptstadt. 2012 zählte Kittsee 2818 Einwohner, davon 650 Slowaken,

nun sind es 3397 Einwohner, davon 1088 Slowaken. Letztere wohnen großteils in Siedlungen am Dorfrand, wo sie unter sich bleiben. Vor nahezu jedem (Reihen-) Haus stehen protzige Autos mit slowakischen Kennzeichen. Diese „Zuagroast'n“, so des Volkes Meinung, würden wiederum Besucher anziehen, Verwandte, Freunde und Bekannte, viele aus ärmlichen Verhältnissen der Ost-Slowakei... Szenenwechsel: Daniela Bauer, 44, ist Kommandantin der örtlichen Polizeiinspektion (PI). Vergangenes Jahr wurde ihr Personal – dank Auflösung der PI-AGM-Kittsee¹ - von sechs auf 14 aufgestockt. Die Frau Kontrollinspektor ist sich nach 15 Jahren örtlicher Dienstpraxis der Entwicklung bewusst. „Hier in Kittsee“ lautet ein Gedicht der poetisch veranlagten Mutter einer Tochter, in dem sie den kriminellen Werdegang des Dorfes auf den

1 AGM: Ausgleichsmaßnahmen, Kontrollen im Grenzgebiet



Bild: Benda

PI-Kommandantin Bauer und Bürgermeisterin Dr. Nabinger

Punkt bringt (nachzulesen unter: www.polizeicafe.at). Dennoch sieht sie Kittsee nicht als „Hotspot der Kriminalität“, auch wenn es in ihrem Rayon zuletzt 345 Strafdelikte aller Art zu bearbeiten galt. Dafür hat sie eine eigene Krim-Gruppe eingesetzt, bestehend aus je einem „Ermittler“ und einem „Tatortler“, deren Klärungsquote immerhin 38,5 Prozent ausmacht. Die geschmähten ghettoartigen Slowaken-Siedlungen bezeichnet sie als „aus unserer Sicht nicht auffällig“, dort hätte man gelegentlich mit Gewalt in der Familie zu tun. Die Täter, die Arbeit und Sorgen bereiten, kämen fast ausschließlich aus Petržalka: Schwer Drogenabhängige, die zu Fuß, per Fahrrad, Zug oder Auto „rüber kommen“ und gleich im nächstbesten Garten mitnehmen, was

herumsteht. Bauer: „Beschaffungskriminalität pur“. Was sie von der geplanten Videoüberwachung hält? „Das muss die Politik entscheiden“, gibt sich die taffe Frau, die mit Kollegen, Vorgesetzten und der Bevölkerung, bis hin zur Bürgermeisterin, gut auskommt, diplomatisch. Die herauszuhörende Skepsis wird bei einer Rundfahrt durch die Ortschaft deutlich: Ob es nun – je nach Projekt – drei oder fünf Kameras sein sollten, die die Straßen „sichern“ sollten – es müssten angesichts der Vielzahl von Straßen, Feldwegen und anderer Möglichkeiten, von einem Land ins andere zu gelangen, wohl Dutzende sein. Die Antwort auf die Frage, wer das umfangreiche Videomaterial auswerten würde, löst bei der Polizistin keinen Jubelschrei aus: „Wahrscheinlich wir,

wer sonst?“ Bürgermeisterin Nabinger ist beim kripo.at-Besuch erfreut, will sie doch vernommen haben, dass die Videoüberwachung „so gut wie fix ist“. Sie hat sie im Wahlkampf im Einvernehmen mit ihrem Landeshauptmann gefordert. Nun sei lediglich die Finanzierungsfrage offen, sagt sie, es geht um rund 10.000 € - je Kamera, versteht sich. Im letztendlich zuständigen Innenministerium kann man die Notwendigkeit nicht erkennen. Seitens der burgenländischen Landesregierung ist eine Anfrage von kripo.at, wie es nun - nach Wahl - um das Videoüberwachungsprojekt steht, unbeantwortet geblieben.

•peter.grolig@kripo.at

•richard.benda@kripo.at

Zahlen, Daten, Fakten

Die Kriminalstatistik 2014 weist dem Burgenland 9406 Straftaten zu, 3.232 davon im Bezirk Neusiedl/See; in Kittsee waren es 345. Darunter sind 122 Einbruchsdiebstähle (sieben Prozent des Bundeslandes, 15 % im Bezirk) und 84 Diebstähle (vier bzw. neun Prozent). Laut Innenministerium müsse man bei den Einbruchszahlen relativieren: „Richtige“ Einbrüche habe es in Kittsee 20 in Wohnhäuser und zwei in Mehrparteienhäusern gegeben. Alles andere falle unter die Rubrik „Laternen derl am Friedhof“, wie Johanna Mikl-Leitner beispielhaft gemeint hat. Einbrüche in Wohnungen und Wohnhäuser habe es 2014 im ganzen Bundesland 365 gegeben, Tendenz steigend, so die offizielle Statistik. Bezüglich dieser Zahlen ist sich auch PI-Chefin Bauer bewusst, dass „man die nicht mit anderen Gegenden – oder gar mit Wien – vergleichen“ dürfe. Aber hier, in Kittsee, sei das Gefühl der Menschen anders, vor allem gegenüber „früher“.

Polizei und Firmen werben in Kittsee für (mehr) Sicherheit

Bild: Grolig





Gegenmaßnahmen

Die Feststellung der Ursachen der Einbruchskriminalität ist nur zum Teil eine polizeiliche Aufgabe, sie sind gesamtgesellschaftlich festzustellen. Zu 100% gehört uns der Part der Bekämpfung.

Dass man als Interessensvertretung des Kriminaldienstes vor allem die Stärkung der kriminalpolizeilichen Einheiten dieses Fachbereichs als vorrangig erachtet, ist wohl verständlich. Kriminalpolizeiliche Ermittlungen sind aber nur eine Säule der Taktik, Prävention die andere.

Bei der operativen Bekämpfung hat sich wohl auch deshalb, weil Entscheidungsträger nicht aus dem kriminalistischen Bereich kommen, die Idee personalintensiver Klotz-Maßnahmen wie der von Straßensperren durchgesetzt. Zu glauben, Kriminalität könne man statt durch kriminalistische Arbeit durch Hundertschaften uniformierter Kollegen bekämpfen, ist Wunschdenken. Einbruchskriminalität bekämpfen ist vorwiegend Sache von kriminalistisch geschulten Ermittlungs-

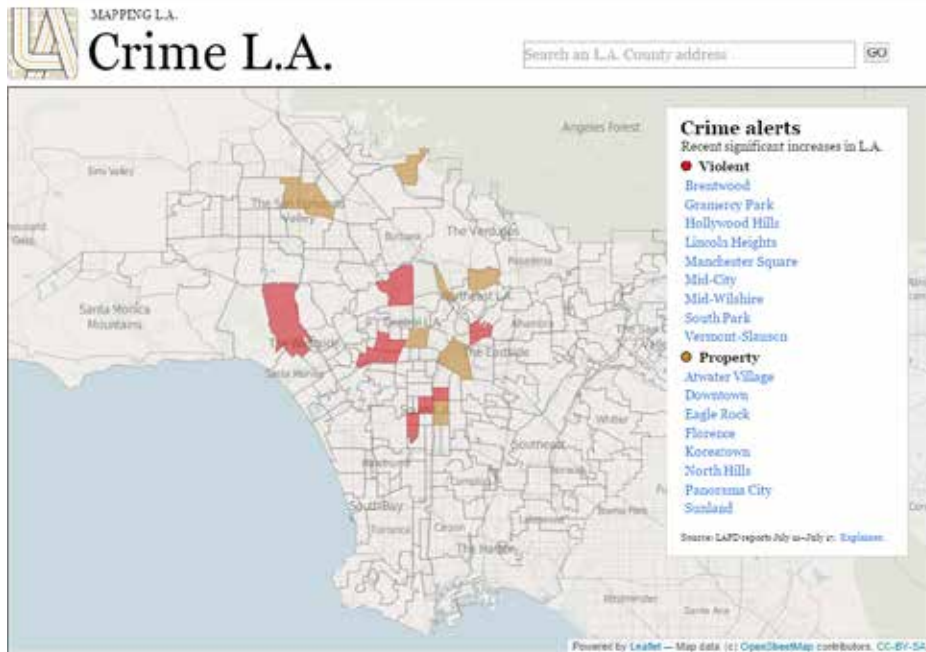
beamten und kann durch uniformierte Streifenpolizisten nicht ersetzt werden. Ordnungspolizeiliche Maßnahmen können nur Begleitmusik sein. Vor allem weitergehende Ermittlungen werden durch Festnahmen einzelner Bandenmitgliedern eher erschwert. Erwischt werden nur die Täter der zweiten und dritten Ebene, während die Hintermänner, wie auch bei der Drogenkriminalität im Ausland sitzend, ungeschoren bleiben. Gegen ortskundige einheimische Täter ist der massenweise Einsatz von uniformierten Polizisten zwangsläufig sowieso erfolglos. Die Erhöhung der Polizeipräsenz in Problemgebieten führt in der Regel nur zu einer kurzfristigen Beruhigung, weil die Täter lediglich verdrängt werden. Auf Grund knapper personeller und finanzieller Ressourcen sind personalintensive Aktionen auch nicht lange durchzuhalten.

Die Anzahl der im Bereich Einbruchskriminalität tätigen Kriminalbeamten ist mit Sicherheit nicht übermäßig, auf Grund des hohen Arbeitsanfalles sind sie aber extrem

belastet. In meiner (ehemaligen) Dienststelle sind vier Gruppen (davon aber eine für KFZ-Delikte) mit 16 Krb in dem Bereich operativ tätig. Die Tatortaufnahme wird von den Tatortgruppen durchgeführt, die angefordert werden, wenn die Landesleitzentrale sie ordert oder ein Funkmittel am Tatort ist. In etwa drei Viertel der Fälle werden Spuren am Tatort gesichert.

In die Tiefe gehende kriminalpolizeiliche Ermittlungen und Zusammenarbeit mit dem Ausland sind, nach Ansicht von mit der Problematik befassten Beamten, ein probates Mittel der Bekämpfung. Permanenter Ermittlungsdruck lässt sich zwar in Zeitungsartikeln nicht so gut verkaufen wie der Aufgriff eines Kleinlastwagens mit Diebesgut bei einer Großaktion, er wirkt aber dauerhaft.

Interessant eine Studie des Bdk aus Deutschland, die ohne weiteres auf Österreich übertragbar ist. Nach deutschen Erkenntnissen verändert die nicht zielgerichtete Bestreifung eines Gebietes die Anzahl der Einbrüche nicht. Auch auf die



Der Sicherheitsmonitor von Los Angeles wird täglich veröffentlicht

Aufklärung hat sie keinen signifikanten Einfluss. Eine Umfrage unter verurteilten Einbrechern ergab weiters, dass sich nur etwa ein Drittel durch Polizeistreifen von einer Tat abhalten ließ.

Die Erkenntnisse, dass lokale Täter noch

immer die Mehrheit sind, hat dazu geführt, neue Risikofaktoren, die bisher wenig oder kaum beachtet wurden, in den Vordergrund zu rücken. Es wären das

- Niedriger durchschnittlicher ökonomischer Status der Wohnbevölkerung

- Hohe ethnische Heterogenität
- Hohe örtliche Mobilität
- Hoher Ledigenanteil in der Bevölkerung
- Geringer Umfang an Wohneigentum
- Grad der Urbanisierung

Der Soziologe Professor Dr. Roland Girtler sieht vor allem das Wohlstandsgefälle zwischen dem „reichen“ Westen und dem „armen“ Osten als eine Triebfeder für Einbrüche. Aber auch die Armutsquote im eigenen Land nimmt zu. Sie hat sich (nach deutschen Statistiken) zuletzt auf 15,5% erhöht. Dass auch die niedrige Aufklärungsquote keine Abschreckung darstellt, steht außer Frage.

Diese neuen bzw. verstärkten Risikofaktoren bedürfen vermutlich auch einer Neuorientierung bei der Ermittlungsarbeit. Die ausschließliche Fokussierung auf international agierende Banden in Verbindung mit der Abschaffung des ortskundigen Rayonskriminalbeamten hat möglicherweise zu der besorgniserregend niedrigeren Aufklärungsquote geführt. >>>

Neue Vorgehensweisen

Die gängigen Täterprofile (86% Männer, jüngeres Alter, 80-90% Gewohnheitstäter etc.) dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Auch bei den gesuchten Beutestücken hat sich nichts geändert, nach wie vor liegt Bargeld und Schmuck in Führung, aber elektronische Geräte werden ebenso gerne genommen. Es sind sogar schon Wachhunde gestohlen worden.

Neu ist, dass, im Gegensatz zu lokal agierenden Tätern, jene mit südosteuropäischer Herkunft keinerlei Hemmungen haben, einer Festnahme durch Gewalt zu entgehen. Ebenso neu ist, dass Kinder oder schmal gewachsene Minderjährige eingesetzt werden, um enge Einstiegsmöglichkeiten zu überwinden bzw. weil man auf deren Strafunmündigkeit setzt.

Jahrelang ging man auch von der Warte aus, dass die Delinquenten nicht aus der lokalen Ebene stammen, sondern von auswärts mit Fahrzeugen zufahren. Bestätigt wurde diese Theorie, weil man feststellte, dass Tatorte mit günstiger Autobahnbindung bevorzugt werden, was bis zu einem gewissen Grad auch heute noch stimmt. Öffentliche Verkehrsmittel wurden als Fluchtmöglichkeit nur bedingt ins Auge gefasst. Natürlich haben Straßensperren ihre Berechtigung, doch wenn sie nicht gleichzeitig mit der Kontrolle öffentlicher,



parallel verlaufender Verkehrsmittel erfolgen, lachen die vorbeifahrenden Einbrecher aus Straßenbahn und Autobus. Die Beute haben sie auch meist bereits unmittelbar nach der Tat an unauffällige Komplizen (Frauen mit Kinderwagen, ältere Personen usw.) übergeben. Mehr oder weniger zu Ende gegangen ist die Ära, als Einbrecher ihre Beute irgendwo versteckten und/oder unmittelbar nach der Tat an Hehler oder mögliche Käufer angeboten haben. Die Beute, sofern es sich nicht um Bargeld handelt und ausländische Täter involviert sind, wird heute in der Regel eine Zeit lang zwischengelagert und danach unauffällig mit DHL oder Post an Adressen ins Ausland verschickt.

Ersatz könnte vielleicht GIS (für weniger informierte Leser: Geo-Informationssystem) liefern. Die Idee, möglichst schnell konkrete Kriminalitätsdaten für ein bestimmtes Gebiet zu eruieren und auf diese Daten aufgebaut lokale Maßnahmen zu setzen, ist kein Kind aus Österreich. Geodaten und Geodatendienststellen gibt es in verschiedenen Ländern, in Österreich heißt das Ding eben GIS. GIS arbeitet (vereinfacht) in folgender Weise: Alle etwa 25.000 Polizisten geben online und sofort die Daten verschiedener Delikte, unter anderem die des Wohnungseinbruches, ein. Mittels elektronischer Landkarten werden die Schwerpunkte interaktiv dargestellt. Es gibt 18 Monatskarten der Bundesländer und 27 Sonderkarten zu speziellen Themen. Im nächsten Schritt werden festgelegte Schwellenwerte (insgesamt über 1.000) im Drei-Stunden-Rhythmus überprüft und bei einer Überschreitung die „Auffälligkeit“ sofort angezeigt und ausgewählten Empfängern per Mail übermittelt.

Auf Grund dieser tatsächlich punktgenauen Informationen können operative Kräfte eingesetzt werden. Eine weitere Option von GIS ist, einen 65-Wochen-Verlauf der Tatorte grafisch darzustellen, womit die Entwicklung sichtbar wird. Übrigens: In manchen amerikanischen Städten, z.B. Los Angeles, wird der Sicherheitsmonitor tagesaktuell veröffentlicht (siehe maps.latime.com/crime/).

Neu im Repertoire des polizeilichen Arsenal ist auch die mögliche Heranziehung von Telekommunikationsdaten, wie z.B. Funkzellenauswertung. Hier gilt es, das richtige Maß zwischen gewünschter Bürgerfreiheit und berechtigter Hilfe für die Ermittler zu finden, doch das ist ein eigenes Kapitel.

Eine tragende Säule bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruches ist die Beteiligung des Bürgers, sowohl in psychologischer, als auch in technischer Hinsicht. Fachleute nennen das „objekt- und verhaltensbezogene Maßnahmen“. Es reicht

Conclusio

Der Wohnungseinbruch ist wahrscheinlich unvergänglich. Im Verhältnis zu „modernen“ Delikten ist er ins Hintertreffen geraten. Ein unaufgeklärter Mord wiegt mehr als eine erschreckend niedrige Aufklärungsquote. Personelle Aufstockung der Einbruchgruppen, Forschung, die über Täterbefragung hinausgeht, wäre angebracht.

nicht aus, wenn sich Präventionsbeamten den Mund fusselig reden, dass Sicherheit nicht gratis sein kann. Die Kriminalprävention in Österreich ist hervorragend, doch kommt sie scheinbar bei der Zielgruppe nicht an.

Auch die oft gehörte Einstellung, wonach „bei mir nichts zu holen ist“, ist kontraproduktiv. Leider kommt die Erkenntnis meist erst bei der Erstellung der Schadensliste.

• richard.benda@kripo.at

Mord oder Diebstahl?

Ob Mord oder Diebstahl das älteste Delikt ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Laut der Bibel war das erste Delikt der Mord des Kain an seinen Bruder Abel. In der Realität könnte es aber anders gewesen sein. Jener Augenblick, als der Besitzer einer Sache, diese vor Wegnahme, sprich Diebstahl, zu schützen begann, war auch die Geburtsstunde des Einbruchs. Da unsere Ahnen ihr Besitztum in der Regel in ihrer Behausung sicherten, war wohl der erste Einbruch ein Wohnungseinbruch. Aus römischen Ausgrabungen und antiken schriftlichen Quellen wissen wir, dass der Schutz des eigenen Heimes notwendig und nicht außergewöhnlich war, denn Rom war ein gefährliches Pflaster. Mangels Polizei war jeder auf sich selbst gestellt und man schützte sich mit Türstehern oder, wenn man reicher war, mit ganzen Schutzmannschaften. Auch Fenstergitter und versperrbare Türen waren bereits üblich. Versicherungen gab es ja noch nicht, deshalb begnügten sich die Römer mit Schadenszauber: auf kleinen Täfelchen wurden die Götter angerufen und Einbrecher mit einem Fluch belegt.

Buchautor Adolf Schandl: Einbrecher, Räuber, Geiselnahmer und „Staatsfeind Nr. 1“

Mehr als die Hälfte seines Lebens hat der 79-Jährige hinter Gittern verbracht, stets vom Freiheitsdrang getrieben: Wilde Flucht aus Stein/Donau (1971, Joschi Holaubeks kolportierter Zuruf an einen Schandl-Komplizen: „I bin's, der Präsident!“), spektakuläre Geiselnahme in der Grazer Karlau (1996). Von Medien zum „Ausbrecherkönig“ geadelt, gewährt Schandl – nun bedingt, aber legal in Freiheit – auf 328 Buchseiten einen Blick in das Seelenleben eines Unruhigen und aus der Bahn Geworfenen.

„Jailbreak –
Nur nicht im
Gefängnis sterben“
Adolf Schandl
PROverbis-Verlag
ISBN:
978-3-902838-14-8

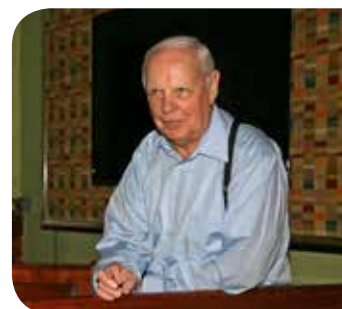


Bild: PROverbis-
C. Sporkenbach





Das Wohnbauprojekt „Pruitt-Igoe“ im US-Staat Missouri. Es erwies sich als Sicherheitsrisiko und wurde letztendlich gesprengt

Sicher planen, sicher wohnen

Die Polizei hat Kriminalität zu bekämpfen, Entstehung und Verhinderung sind gesamtgesellschaftliche Unterfangen. Dabei kommt auch der Wissenschaft eine maßgebliche Rolle zu, wie die junge Wiener Soziologin Sarah Kowalska in ihrer Arbeit Sicherheit durch Stadtplanung – der Beitrag der Chicago School zur Kriminalprävention festhält.

Die 1892 gegründete Uni in Chicago hat sich anfänglich der raschen Urbanisierung und Immigration gewidmet. Daraus entwickelte sich die „Chicago School“, deren Leiter, Robert Ezra Park, versuchte, den Zusammenhang zwischen räumlichen Strukturen und Kriminalität zu ergründen. In den 1960er Jahren beleuchtete Jane Jacobs ein Experiment in Brooklyn, bei dem ein Hochhaus als Bühne diente: Gänge und Korridore wurden einsehbar gestaltet, was Kriminelle von dort fernhielt, doch sie verlagerten ihr Treiben an Stellen, wo sie sich unbeobachtet fühlten. Wer sich auf die Suche nach „Bauchflecken“ des Städtebaus begibt, landet bei „Pruitt-Igoe“, einem spektakulär gescheiterten Wohnbauprojekt in St. Louis, Missouri. Der Name geht auf einen afroamerikanischen Kampfpiloten



Bild: zvg

Soziologin Sarah Kowalska

und einen weißen Kongressabgeordneten zurück. Das im Jahr 1954 errichtete Projekt musste bald wieder aufgegeben werden: als Treffpunkte vorgesehene offene Gänge erwiesen sich als Sicherheitsrisiko. Ob der großen Anzahl Benutzungsberechtigter ließen sich erwünschte und unerwünschte Personen nur schwer auseinanderhalten. Nur von wenigen Parteien genutzte Bereiche waren bis zuletzt gut in Schuss, was den Begriff des „defensible space“ etablierte. Pruitt-Igoe bewies die Broken-Windows-Theorie von Philip Zimbardo. Aufgrund von Budgetmangel wurden Lifts und andere „kommunale Anlagen“ nur leidlich saniert: die anfangs stolzen Bewohner verloren ob des „Absandelns“ der Ge-

gend bald das Interesse. Fazit: Die 33 elfstöckigen Bauten wurden 1972 gesprengt... Sarah Kowalska widmet sich auch einem Konzept der Wiener Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und -planung), das vier Eckpunkte umfasst:

- Menschen am Platz: die Planung eines Platzes muss seine Nutzer berücksichtigen und „defensible spaces“ schaffen
- Dinge am Platz: Räume sollen durch reichliche Beleuchtung, Imbissstände, etc ansprechend gestaltet werden
- Bewegung am Platz: Haltestellen sollen überschaubar platziert werden, um kein Gefühl der Verwirrung aufkommen zu lassen (Antibeispiel Schwedenplatz Wien)
- Image und Identität: mediale Effekte müssen bei der Stadtplanung Berücksichtigung finden

Abschließend beschäftigt sich die Soziologin auch mit dem Projekt „Sicher Wohnen“ in der Wiener Zwölfergasse (siehe Zusatzbericht). „Auch wenn wir bei unserem Projekt auf die Erhöhung der Sicherheit Bedacht genommen haben, ist jedes Sicherheitskonzept nur so gut, wie die Bewohner, die dieses nutzen und damit leben. Das heißt, wenn Bewohner ohne nachzufragen hausfremden Personen Zutritt in die Wohnhausanlage gewähren, helfen die besten Sicherheitsschlösser etc. nichts“, teilte ihr die Hausverwaltung mit, um im gleichen Atemzug die Hausgemeinschaft zu loben: Das Projekt habe sich bewährt.

Vorbeugen statt heilen

Was in der Medizin längst gang und gäbe ist, bedarf in Sachen Sicherheit noch einiger Mühen. Auch wenn sich Generationen von Wissenschaftern mit dem Thema befasst haben und mittlerweile Heerscharen von Präventionsbeamten Knochenarbeit leisten: Einbruchshemmende Elemente kommen im Haus- und Wohnungsbau noch viel zu zögerlich zum Einsatz.

Pionierarbeit wurde gewissermaßen bereits im Jahr 2009 in Wien geleistet. Da ist es dem Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst (KBD) gelungen, den Bauträger GEWOG ins Boot zu holen. Schon in der Planungsphase der Wohnhausanlage Zwölfergasse 11-15 wurde der Sicherheitsaspekt maßgeblich bedacht. Was sich wie folgt darstellt:

- übersichtliche Verkehrswege und eine überschaubare Garage, Vermeidung uneinsichtiger Nischen und Ecken;
- natürlich belichtete, helle Stiegenhäuser und Aufzugsbereiche – beleuchtete Hauseingänge und Garageneinfahrtsbereiche durch Bewegungsmelder;
- sechs Pkw-Stellplätze im Erdgeschoss mit natürlicher Belichtung speziell für Frauen. Garage mit Schnelllauftor mit Induktionsschleife;
- selbstverriegelndes Anti-Panik-Schloss bei Haus- und Garagenzugängen;
- vandalensichere Durchlade-Postkästen: Die Postzustellung ist ohne Betreten des Hauses möglich;
- vandalensichere Gegensprechanlage;

Deutschland:

Einbruchsdelikte nehmen weiter zu

Die Entwicklung des Wohnungseinbruches in Deutschland gleicht weitgehend den österreichischen Verhältnissen. 2014 erreichte dieses Delikt mit 152.123 Fällen ein 16-Jahreshoch. In Prozenten hat sich der ED um 1,8 % zugelegt. Die Schadenssumme erreichte die unglaubliche Höhe von 420 Millionen Euro. Die Aufklärungsquote für die ganze Republik liegt mit 15,9% etwas höher als in Österreich. Erfreulich ist alleine die Tatsache, dass sich die Anzahl der Versuche von 40,2 % auf 41,2% erhöhte, was auf vermehrte Sicherheitsmaßnahmen schließen lässt. Innerhalb Deutschlands ist die Entwicklung sehr unterschiedlich. Nach wie vor sind Großstädte und Orte mit Autobahnanschluss besonders gefährdet. Hotspot ist nach wie vor Berlin, wo die Zahl der Ed's wieder um 5,1 % gestiegen und die Aufklärungsquote von 6,6% am niedrigsten ist. Stabil ist die Situation in Schleswig-Holstein, wo sich keine nennenswerte Veränderung ergab. Po-

Bild: Grolig



Vorzeigeprojekt Zwölfergasse 11-15 in Wien

- Wohnungstüren der Widerstandsklasse 3, Einbau einer verstärkten Sicherheitszarge;
- keine Erdgeschosswohnungen;
- helle, natürlich belichtete Waschküche im Erdgeschoß.

Wie Chefinspektor August Baumühlner vom KBD (vulgo: Assistenzbereich Kriminalprävention, LKA-AB-04) schon damals sagte: „Einbrüche in Wohnungen werden vermehrt von professionellen Tätern vorgenommen, die auch massives Einbruchswerkzeug bei sich führen. Der Einbau von einbruchshemmenden Türen der Widerstandsklasse 3 ist eine wichtige Maßnahme, um Einbruchversuchen effizient entgegen zu wirken. Ausreichende Beleuchtung und organisatorische Maßnahmen, die das Miteinander fördern, ergänzen ein Konzept zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls“.



sitiv die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: die Zahl der Delikte hat sich dort um 3,9% verringert. Der NRW-Innenminister führt das auf die Doppelstrategie von Prävention und konsequenter Strafverfolgung zurück. Das Wundermittel gegen Wohnungseinbrüche hat man in Deutschland bisher auch noch nicht entdeckt. Man behilft sich durch die Gründung von Sonderkommissionen, Einführung von steuerlichen Anreizen für Sicherheitstechnik, verstärkte Streifenfahrten in besonders gefährdeten Gebieten und mehr Beratung. Einig ist man sich, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig ist.

„Kommissar DNA“ muss warten

Eingangs trockene Zahlen gegenübergestellt: 63.521 (vollendete) Einbrüche auf der einen, 19.073 analysierte DNA-Tatortspuren auf der anderen Seite. Das geht aus den zuletzt veröffentlichten Bilanzen (Kriminalstatistik, Sicherheitsbericht) für 2014 hervor. Mittels Datenabgleich hat man 1.632 Verdächtige ausgeforscht und 1.948 Straftaten geklärt.

Der Insider weiß: Bei einem „normalen“ Einbruch können schon zehn einzelne DNA-Spuren anfallen. Und Einbruch ist bei weitem nicht das einzige Delikt, bei dem genetischem Material eine bedeutende Rolle zukommt. Wobei bei Mord die Zahl der Spuren glatt dreistellig ausfallen kann. Erst kürzlich hat „Kommissar DNA“ wieder schlagzeilenträchtig zugeschlagen und einen Polen namhaft gemacht, der in Wien ein betagtes Ehepaar umgebracht haben soll. Er dürfte ein europaweit agierender Serientäter sein.

Nun wollen wir ein kleines Rechenbeispiel anstellen: Nehmen wir an, emsige Polizisten würden österreichweit pro Tag zu 180 Tatorten aller Art ausrücken, Zigarettenstummel einsammeln, weitere mögliche Spurenträger sicherstellen und mit Wattestäbchen Stelle um Stelle betupfen, an der genetische Hinterlassenschaften eines Täters zu vermuten sind. Angenommen, aus jedem Tatort resultieren zehn DNA-Spuren, dann kommen an

einem Tag 1.800 zusammen. Aufs Jahr gerechnet wären es somit 657.000. Zugegeben, es kann sich durchaus um eine „Milchmädchenrechnung“ handeln, aber... ..gar so falsch dürfte sie nicht sein, wenn ich mir die Headline der Kronen-Zeitung vom 8. Oktober 2013 in Erinnerung rufe: *Polizei-Insider: „Millionen DNA-Spuren vermodern“*. In einem „Endlager“ würden hunderte Kisten mit nicht ausgewerteten



Spurentägern aufbewahrt, hieß es. Apropos Erinnerung: Bereits Jahre zuvor habe ich mir medial anzuprangern erlaubt, dass – Praktikern zufolge – lediglich 20 Prozent der gesicherten Tatortspuren auch tatsächlich analysiert würden. Der Artikel *„DNA-Tätersuche mit Lotterie-Effekt“* (erschieden am 7. April 2008) hat hohe Wellen geschlagen und es hat nicht lange gedauert, bis die für die zugewiesenen Barcode-Kontingente nötigen Budgetmittel (jede Spur ein Barcode, Anm.) auch wirklich aufgestockt wurden. Die eingangs

erwähnten 19.073 ausgewerteten Tatortspuren stellen also schon eine gewaltige Steigerung dar, sind es doch doppelt so viele wie noch im Jahr 2008.

Dennoch ist ein „Aber“ angebracht: Es ist schön, wenn laufend vollmundig verkündet wird, dass die Spurensicherung immens wichtig sei und deshalb auch forciert werde. Es ist toll, dass (in Wien) „TOP-Teams“ von Tatort zu Tatort hetzen und Spuren so fleißig sichern wie Bienen ihren Nektar sammeln. Es kann mir aber niemand glaubhaft machen, dass lediglich 19.073 Spuren(träger) alle Kriterien der Vorselektion erfüllt haben und auch „täterrelevant“ waren. Wäre der (große) Rest nämlich wirklich unbrauchbar, es wäre ein vernichtendes Zeugnis für die Qualität der Spurensicherung. Und die ist, so glaube ich, gut, sehr gut sogar. Vor allem steckt

auch viel Idealismus dahinter, der leicht zunichte gemacht werden kann. Selbstredend wird man es sich nicht leisten können, „alle“ Spuren auszuwerten – jedenfalls unter Beibehaltung der praktizierten Methoden und unter Einhaltung der geschlossenen (externen) Verträge ist das nicht finanzierbar. Die Frage ist: Gibt es günstigere (nicht „billige“) Alternativen? Denn eines ist sicher: Jeder ausgeforschte Täter schreckt andere ab.

• peter.grolig@kripo.at



Bild: Michael Hendrich

70 Jahre Bundespolizei in der 2. Republik 95 Jahre „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“

Wann:

4. November 2015, 18.00 Uhr

Wo:

Festsaal des LPK Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9

Programm:

- Einleitung durch die Polizeimusik
- Eröffnung durch einen offiziellen Vertreter des Landespolizeipräsidiums
- Festvortrag Mag. Harald Seyrl.
„Die Polizei zwischen 1945 und 1950“
- Festvortrag Dr. Hans Hautmann
„Die Polizei zwischen 1950 und 1955“
- Festvortrag Dr. Michael Sika
„Ansichten eines Insiders“
- Ehrung von Mitgliedern
- Abschluss durch die Polizeimusik
- Festliches Buffet



Anmeldung unbedingt erforderlich unter sekretariat@kripo.at oder 050 133 133

Operative Fallanalyse



Die „Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik“ hält am 3. und 4. September 2015 erstmalig ihre Jahrestagung in Österreich ab. Tagungsthema ist die „Operative Fallanalyse in Theorie und Praxis“. Mitglieder der VKÖ können ausnahmsweise (auch wenn sie nicht Mitglied bei der DGfK sind) an der Tagung teilnehmen. Tagungsort ist das Justiz-Bildungszentrum in Schwechat.

Die Kosten werden von der VKÖ in Form eines Bildungskostenzuschusses übernommen. Anmeldung unbedingt erforderlich unter sekretariat@kripo.at oder 050 133 133

Wir haben Nachwuchs bekommen

Der Vorstand freut sich Ihnen mitteilen zu können, dass die Vereinsführung Nachwuchs bekommen hat. Jörg Lenzbauer, Kriminalbeamte im Bundeskriminalamt, wird in Zukunft einen Teil des immer stärker werdenden Arbeitsanfalls im Vorstand auf sich nehmen. Er verjüngt auf Grund seines fast noch jugendlichen Alters damit auch die Vereinsführung.

Themenkrimis mit Lokalkolorit

Der Gmeiner-Verlag hat auch in seinem Herbstprogramm wieder zwei Themenkrimis im Repertoire. Liebesiegel nennt sich der fünfte Fall des Universitätsprofessors Arno Lindner in Wien. Der Tod seiner ehemaligen Flamme lässt den Professor auf eigene Faust und unter Lebensgefahr recherchieren. Wie gewohnt erfolgt dies am Rande der Legalität. Wortwitz und flapsige Dialogsequenzen machen das 278 Seiten-Buch zu einer kurzweiligen Unterhaltung. Der Preis von 10,99 Euro macht das Vergnügen auch noch günstig.



Liebessiegel / Martin Mucha ISBN, 978-3-8392-1752-8

Neue Kriminalromane

Rilkerätsel entführt den Leser in die Atmosphäre des Wiener Kaffeehauses, denn der Ermittler ist Oberkellner Leopold. Rilke-Zitate und ein Einblick in die Welt der Lyrik machen den Roman von Hermann Bauer zu einer Besonderheit. Auch das Mordopfer stammt aus dem Milieu, es ist der Rilke-Lyrik-Preisträger Rene Keil, der wegen dubioser Geschäfte und Schulden vom Diesseits ins Jenseits befördert wird.



Rilkerätsel / Hermann Bauer, ISBN 978-3-8392-1762-7



Bild: Altermann

Oberste Kripo-Veteranen: Franz Riedl, Willibald Plenk, Peter Kern, Anton Piber, Herbert Meidlinger, Helmut Mayer, Alfons Zoubek, Fritz Maringer, Eduard Wernegger (v.l.)

Veteranen-Treffen

40 Jahre ist es her, dass 23 stramme Burschen die Schulbank gedrückt haben. Es war der „Leitenden-Kurs“ mit dem Kürzel „W1-1973/75“. Die Jung-Offiziere von damals sind heute längst im Ruhestand, doch die Kameradschaft hält, wie ein von kripo.at-Mitarbeiter Oberst i.R. Willibald Plenk organisiertes Kurs-Treffen bestätigt hat: 13 Veteranen besuchten Stephansdom und Krypta, gedachten ihrer immerhin bereits acht verstorbenen Kurs-Kollegen und ließen sich im KHM das Thema „Opfer und Täter in der Kunst“ nahebringen. Eine Schifffahrt und teils sehr persönliche Gespräche im Schweizerhaus ließen das Beisammensein ausklingen. Plenk verspricht: „2018 wird es wieder ein Treffen geben. Ad multos annos!“

Todesfälle

Willibald BREUER

St. Pölten
im 90. Lebensjahr

Felix KREIDERITS

Wiener Neustadt
im 78. Lebensjahr

Kurt WIMMER

Wien
im 92. Lebensjahr



VKÖ-Baseballkappe

Wer seine Verbundenheit mit der VKÖ augenscheinlich machen will, für den gibt es eine ebenso praktische wie „fesche“ Möglichkeit: Die Baseballkappe mit VKÖ-Logo. Bestellung und Verkauf erledigt unser Sekretariat. Der Preis beträgt zehn Euro, bei Postversand werden die Portokosten hinzugerechnet.

kripo.at-Rätsel



Des Rätsels Lösung der letzten Ausgabe war extra leicht. Das Ersuchen um Festnahme einer Person mit dem Ziel der Auslieferung hat bei der Interpol die Bezeichnung „Red Notice“. Wieder war eine Kollegin die Schnellste: Sonja Fischer. Ein Buch ist bereits als Prämie versendet worden.

Die Frage in dieser Ausgabe lautet:

Wie hieß der längst dienende Innenminister der 2. Republik?

Mitgliedertreff:

Wien

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurgasse,
1090 Wien

Linz

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

Wels

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten,	Andreas Bandion, niederoesterreich@kripo.at
	Wr. Neustadt	Zur Zeit unbesetzt
Oberösterreich:	Linz,	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	nicht besetzt	sekretariat@kripo.at



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda

Chefredakteur: Peter Grolig

Redaktionssekretariat: Birgit Eder

Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Herbert Zwickl, Helmut Bärtl, Frank Dieter Stolt, Willibald Plenk, Peter Niggel (Berlin)

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungsort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen.

Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Unsere Kooperationspartner

